

Aus UBS und CS sollen Kleinbanken werden

Die Schweizerische Nationalbank verlangt von den beiden Grossbanken eine drastische Senkung der Schulden um 1650 Milliarden Franken

VON MEINRAD BALLMER
UND BEAT SCHMID

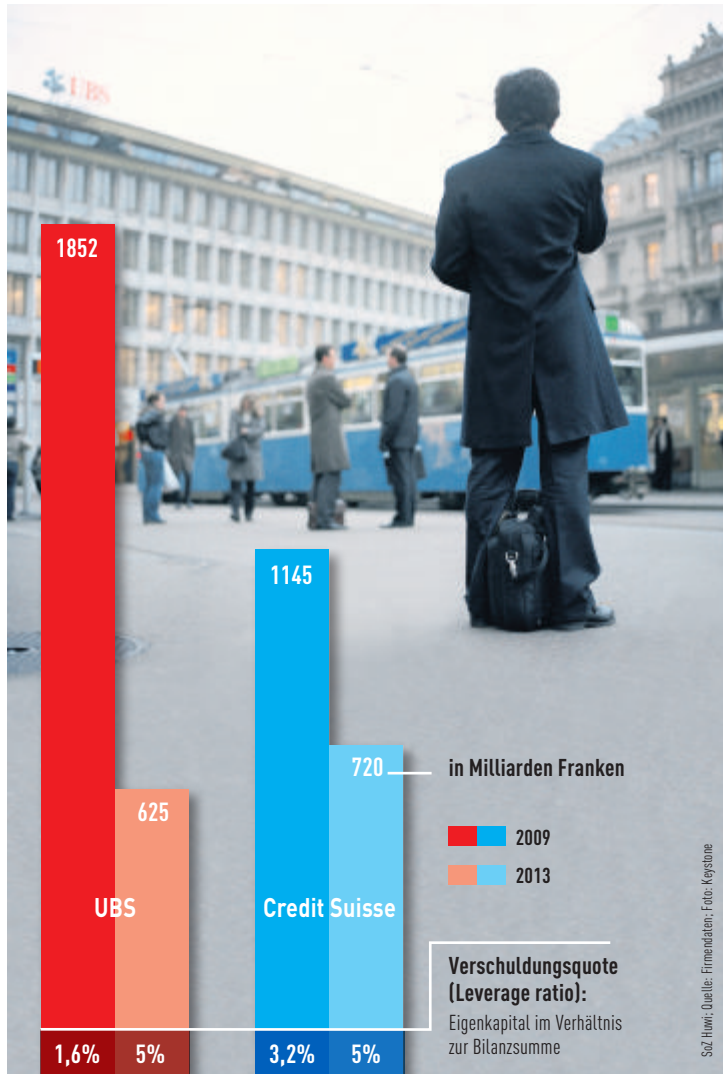
BERN Die Schweizer Grossbanken sind nicht gross, sie sind riesig. Die kumulierten Bilanzen von UBS und Credit Suisse machen über 70 Prozent aller 350 Banken in der Schweiz aus. Gefährlich ist allerdings nicht die schiere Grösse, sondern die Eigenkapitalunterlegung. Per Ende erstes Quartal hatte die UBS 31 Milliarden Eigenkapital und über 1800 Milliarden Schulden. Das entspricht einem Verschuldungsfaktor von 60 oder einer Quote von 1,6 Prozent.

Wie gefährlich eine so hohe Verschuldung ist, lässt sich einfach errechnen: Verlieren die Aktien um 1,6 Prozent an Wert, ist das gesamte Eigenkapital ausgewischt. Der Verschuldungsgrad der Credit Suisse liegt mit 33 zwar deutlich tiefer, ist aber nach Ansicht der Nationalbank gleichwohl zu hoch (siehe Grafik).

«Die Nationalbank ist der Meinung, dass ein Verschuldungsgrad von über 20 im Bankensektor unvorsichtig und somit in guten Zeiten unerwünscht ist», sagt der derzeitige Nationalbank-Vizepräsident und designierte Präsident Philipp Hildebrand. «In guten Zeiten sollten die Eigenmittel mindestens 5 Prozent der Bilanzsumme ausmachen.»

Die Nationalbank kann eine höhere Leverage Ratio nicht verfügen, dafür ist die Regulierungsbehörde Finma zuständig. Auf Anfrage heisst es dort, dass eine bessere Kapitalisierung der Banken im Sinn der Regulierung sei. Ob und wann die Finma eine entsprechende Verfügung erlässt, ist noch offen. Erst letzten Herbst setzten die Bankenwächter durch, dass die Schweizer Finanzinstitute bis 2013 eine Verschuldungsquote von mindestens 3 Prozent erreichen müssen.

Die Nationalbank hat klargemacht, dass eine Verschärfung der Leverage Ratio auf 5 Prozent bis 2013 in ihrem Sinn ist. Für die beiden Grossbanken hätte das einschneidende Folgen: Bleibt das Eigenkapital auf dem heutigen



Niveau, müsste die UBS ihre Bilanz dritteln, die CS müsste sie um 36 Prozent reduzieren. Kombiniert bedeutet dies eine Verkleinerung um 1650 Milliarden.

Diese Berechnung setzt voraus, dass das Eigenkapital gleich bleibt. In der Praxis werden die Banken versuchen, weiterhin die Bilanz zu senken und das Eigenkapital zu erhöhen. Kapital aufzutreiben, bleibt allerdings ein schwieriges Unterfangen in den nach wie vor angespannten Kapitalmärkten.

Das Verlustpotenzial der Grossbanken ist weiterhin hoch

Wie wichtig eine vorsichtiger Geschäftspolitik der Grossbanken ist, zeigt sich daran, dass auch nach den hohen Verlusten der jüngsten Zeit und trotz einem

massiven Abbau der Risikopositionen das Verlustpotenzial der Schweizer Grossbanken nach wie vor sehr hoch ist. «Die Risiken in den Büchern der Grossbanken schätzen wir insgesamt nach wie vor als beträchtlich ein», sagt Hildebrand: «Dies wiegt umso schwerer, als im Unterschied zu Ende 2007 das Gewinnpotenzial der Grossbanken reduziert ist.»

Zusätzlich zu den hohen Risiken, die in den Handelsbüchern stecken, steigt auch das Kreditrisiko im Inland und vor allem im Ausland. Selbst wenn die globale Rezession im nächsten Jahr durch eine graduelle Erholung beendet würde, müsste mit einer deutlichen Verschlechterung der Kreditqualität gerechnet werden. Würde sie sich als länger und tiefer herausstellen als derzeit er-

wartet, würde es gemäss den Erwartungen der Nationalbank zu hohen Kreditverlusten kommen.

Die Verluste bei einer tiefen und langen Rezession «könnten einen erheblichen Teil des Eigenmittelüberschusses der Banken aufzehren», so SNB-Vize Hildebrand: «Angesichts dieses Gefahrenpotenzials ist es unerlässlich, dass die Grossbanken alle notwendigen Massnahmen ergreifen, welche ihre Widerstandskraft gegenüber einer weiteren deutlichen Verschlechterung des Umfelds sicherstellen.»

Grossbanken-Liquidation bedingt Gesetzesänderung

Zusätzlich zur Verschärfung der Eigenmittelvorschriften und zur Verbesserung der Liquiditätsregulierung seien weitere regulatorische Schritte nötig, sagt die Nationalbank. Zu prüfen seien zwei weitere Optionen: «Massnahmen zur Vereinfachung der Liquidation grosser, international tätiger Institute sowie direkte und indirekte Massnahmen zur Reduktion der Grösse.»

Mit neuen Vorschriften bezüglich der Organisationsstruktur von Grossbanken möchte die Nationalbank erreichen, «dass im Krisenfall die für das Funktionieren der Volkswirtschaft wichtigen Teile einer Grossbank herausgelöst und die restlichen Teile liquidiert werden können».

Die Entwicklung eines Verfahrens für die Liquidation einer Schweizer Grossbank dürfte eines Tages auch das Parlament beschäftigen. Mehrere Bankrechtsexperten sagen übereinstimmend, ein Liquidationsverfahren für eine Grossbank sei nur über eine Revision des Bankengesetzes zu erreichen. Innerhalb einer Bankengruppe gelte nämlich eine rechtliche und faktische Beistandspflicht in unbegrenzter Höhe. Die Bank haftet nach geltendem Recht als Ganzes für alle Teile und für alle Konzerngesellschaften. Dies hat einerseits das Bundesgericht festgehalten, andererseits ist die Beistandspflicht seit dem 1.1.2006 auch explizit im Bankengesetz verankert.



Philipp Hildebrand, der designierte Präsident der Nationalbank, hat Klartext gesprochen und setzt um, was er angedroht hat. Die Grossbanken sollen auf eine der Volkswirtschaft angemessene Grösse zurückgestutzt werden. In Absprache mit dem Finanzdepartement will die Nationalbank UBS und CS zur Selbstbeschränkung zwingen. Die angepeilte fünfprozentige Eigenkapitalquote gemessen an der Bilanzsumme ist besonders für die UBS ein drastischer Schritt. Sie müsste ihr Eigenkapital bis 2013 verdreifachen, angesichts der Weltlage eine nicht erfüllbare Forderung, auch wenn sie künftige Gewinne zurückbehält und das Kapital erhöht.

Nebst der Grössenbeschränkung will die Nationalbank UBS und CS dazu zwingen, ihre Geschäfte aufzutrennen in jene für die Schweiz lebenswichtigen und in solche, die im Krisenfall abgetrennt werden oder in Konkurs gehen können. Ohne saubere juristische Ablösung ist das nicht machbar. Konkret

«So oder so werden die Banken nicht mehr wursteln können wie bisher»

würde es bedeuten, dass die Schweiz einführt, was die USA vor zehn Jahren abgeschafft haben: das Trennbankensystem. Vermögensverwaltung und Investmentbanking durften nicht unter dem gleichen Dach betrieben werden. Eine Abspaltung wäre für UBS und CS verkräftbar, wenn namentlich die USA zu diesem System

zurückkehren würden, was fraglich ist. Macht nur die Schweiz diesen Schritt, könnte dies dazu führen, dass die Banken den Investmentbereich nach London oder an die Wallstreet veräussern. Das würde den Schweizer Bankenplatz nachhaltig schwächen.

Deshalb muss die Frage lauten: Welche Folgen hat es für die Schweiz, wenn wir aus strukturellen Gründen im international vergleichbaren Grossbankengeschäft nicht mehr mithalten können, bisher immerhin eine Kernkompetenz der Schweiz? Manche mögen sagen: «So what?» Doch ein solcher Verzicht wiegt schwer. Die Stärke der Schweiz beruht zu einem grossen Teil auf international erfolgreichen Industrieunternehmen, und diese profitieren von unseren beiden Grossbanken. Aus Angst vor künftigen Risiken UBS und CS zu stark zu beschränken, heisst auch, auf Chancen zu verzichten. Sicherheit kehrt ja auch durch eine ganze Reihe von neuen Massnahmen ins System zurück: Hedge-Funds werden kontrolliert, die Ratingagenturen überwacht, die strukturierten Produkte auf ihr Risiko überprüft. So oder so werden die Banken nicht mehr wursteln können wie früher. Wesentlich ist, dass die Schweiz das Kind jetzt nicht mit dem Bade ausschüttet.

Bund soll Jobs von Jungen mit Staatsgeld sichern

ZÜRICH Die krisengeschüttelte Industrie soll Lehrabgänger weiterbeschäftigen, und der Bund müsse ihr dabei helfen. Das fordert FDP-Nationalrat Otto Ineichen. «Immer mehr Firmen, die noch vor kurzem bereit waren, Lehrabgänger weiterzubeschäftigen, machen einen Rückzieher», begründet er. Grund dafür seien zunehmende Liquiditätsprobleme der Unternehmen. Sie argumentieren, dass sie nicht ältere Mitarbeiter entlassen und Junge behalten könnten.

Ineichens Idee sieht vor, dass Firmen ihre Lehrabgänger ab August drei Monate zu den üblichen Bedingungen weiterbeschäftigen. Verschärft sich die wirtschaftliche Lage in dieser Zeit, sollen die Jobs der Jungen mit Bundesgeldern gesichert werden. Wie genau die Finanzierung aussehen soll, ob die Stellen in Praktika umgewandelt und von der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden, müsse in einem Pilotprojekt zwischen Unternehmerverbänden wie Swissmem und dem Staatssekretariat für Wirtschaft ausgearbeitet werden. Dort kommt der Vorschlag gut an: «Wir unterstützen die Idee», sagt Serge Gaillard, Leiter Ressort Arbeit. Wenn Vorschläge der Sozialpartner kämen und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten seien, würden sie geprüft.

BENITA VOGEL

► FORTSETZUNG VON SEITE 47

Schneider-Ammann

sen sich die besten Lösungen finden.

Hans Kaufmann schlägt vor, Gelder aus der Kohäsionsmilliarde oder den IMF-Programmen für die Fondsabsicherung abzuzweigen.

Ich bin ihm dankbar, dass er öffentlich die Idee des Fonds unterstützte und ihn nicht einfach als Hirngespinnst abtat. Mit seinem Vorschlag macht er aber zu viel Parteipolitik. Man kann nicht Gelder, die der Staat bereits gesprochen hat, plötzlich infrage stellen mit der Begründung, wir bräuchten das Geld jetzt selbst. Wann wird der Fonds stehen?

Jetzt läuft die gedankliche Auseinandersetzung mit der Idee. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich die Idee konkretisieren – oder durch eine bessere ersetzt werden. Und dann bin ich froh, wenn wir gar keinen Fonds brauchen und sich die Krise schneller als erwartet verzieht. Hält sie aber an, kämen wir im Herbst, Winter, Frühjahr unter Druck, und dann müsste ein Fonds bereit sein.

Können vom Fonds auch ausländische Firmen profitieren?

Es geht um den Standort Schweiz. Es gibt natürlich Schweizer Firmen, die international kontrolliert werden – auch sie müssten einbezogen werden können. Wir wollen die Arbeitsplätze hier behalten können.

Mit welchem Zins müssen Firmen rechnen, die Kredite aus

dem Überbrückungsfonds bekommen?

Mit einer Bürgschaft im Rücken sinkt das Risiko der Kreditgeber. Das Idealziel wäre, dass wir das Zinsniveau für Firmenkredite von 2006 erreichen. Damals betrug die Zinsen ein Drittel des heutigen Niveaus. Aktuell müssen Firmen mit 9 bis 10 Prozent rechnen.

Das Kreditproblem könnte sich noch verschärfen. Die Nationalbank zwingt die Banken zur Verkleinerung der Bilanzen. Das bedeutet weniger Kredite. Das macht uns Sorgen. Wir befürchten, dass der Kredit-Spielraum der Grossbanken wegen der Auflagen in den nächsten 12 Monaten kleiner werden könnte. **Werden die Banken auf Kosten der Industrie geschützt?** Die Politik der Nationalbank ist ausgewogen. Die Industrie ist

auch daran interessiert, dass das Finanzsystem stabilisiert ist. Man muss aber eine Balance finden. Deshalb ist es wichtig, wie die neuen Regeln umgesetzt werden. Wenn die Grossbanken die Auflagen erfüllen können, ohne uns zu schaden, ist die höhere Eigenkapitalquote der Banken ein Konkurrenzvorteil des Finanz- und Werkplatzes Schweiz.

Die Konjunkturprognosen werden stetig nach unten korrigiert. Ist die Rezession für die Schweiz überhaupt noch kontrollierbar?

Das muss sie sein. Die Schweiz hat das wahre Ausmass allerdings noch nicht richtig wahrnehmen müssen. Wir könnten also noch überrascht werden – vielleicht auch positiv. Das Problem ist, dass niemand weiter als ein paar wenige Monate voraussieht.